

Über das Örtliche hinaus: Wie entsteht das Große?

Direkte und gesamtgesellschaftliche Kooperation

Wer über gesellschaftliche Organisation als Prozess freier Vereinbarungen nachdenkt, stößt früher oder später an eine Grenze der Machbarkeit: die Komplexität oder pure Größe. So selten es bereits ist, dass in das Ringen um gesellschaftliche Gestaltung überhaupt emanzipatorische Ziele einfließen und nicht alles nur das Gefecht konkurrierender Strömungen innerhalb der Eliten ist, so bilden innerhalb der wenigen Vorschläge für die Dezentralisierung der Macht solche Ideen, die Lösungen auch für überregionale bis gesamtgesellschaftliche Probleme anbieten, die große Ausnahme. Das ist nicht überraschend. Denn wenn Emanzipation die Analyse der Lage aus dem Blickwinkel der einzelnen Menschen und der Entwurf praktischer Politiken ist, die die Handlungsmöglichkeiten der Einzelnen erweitern und sie aus Fremdbestimmung befreien, so fällt das einigermaßen leicht überall dort, wo Menschen direkt miteinander kommunizieren können oder höchstens eine Stufe an Vermittlung existiert. Wenn ich eine konkrete Person bitten kann, etwas zu übernehmen, und später auch fragen kann, was geschehen ist, so bleibt alles im handhabbaren Rahmen. Läuft das aber über mehrere Ebenen, beherrschen immer mehr die Diskurse und Deutungen das Geschehen, die nicht mehr personell zuordnenbar sind. Die Eingriffsmöglichkeiten der Menschen schwinden.

In der Folge fehlen vielen Vorschlägen solche Lösungen, die auch für größere Projekte, z.B. große gesellschaftliche Infrastruktur, gelten würden. Die theoretischen Überlegungen zur Natur des Menschen, zu Quanten, Molekülen, Leben und kultureller Evolution aber gelten unabhängig von der Größe gesellschaftlicher Kooperation. Zwar ist schnell sichtbar, dass jede mögliche Dezentralisierung, die keinen Verlust an Handlungsmöglichkeiten bedeutet, auch sinnvoll ist, weil sie direkte Kommunikation und spontane Kooperation zwischen Menschen und ihren freien Zusammenschlüssen erleichtert. Das allein bedeutet zudem bereits ein gewaltiges Arbeitsprogramm gesellschaftlicher Veränderung, vor allem im Herausziehen von Machtpotentialen aus Gremien, Institutionen und Firmen. Aber es bedarf auch konkreter Perspektiven für die großen Projekte dieser Gesellschaft – die, die so viele Ressourcen und mitwirkende Menschen umfassen, dass diese nicht mehr oder zumindest nicht mehr jederzeit in direkten Austausch treten und sich daher auch nicht mehr ständig neu vereinbaren können. Wie sieht gesellschaftliche Planung, Entscheidung und Umsetzung dann aus?

Unter den bestehenden Organisationsmodellen findet sich die Stärkung oder erstmalige Einführung zentraler Macht und das der Delegation. Zu ersterem gehört der Ruf nach einer Weltregierung und der stetige Ausbau internationaler Institutionen. Obwohl die Machtgremien in der Praxis eher zum Schreckgespenst werden, wenn der UN-Sicherheitsrat mal wieder das Recht auf Angriffskriege erteilt oder IWF und Weltbank den weltweiten Sozialabbau durchsetzen, erschallt selbst aus kapitalismuskritischen Kreisen der Ruf nach mehr Macht für die UNO. Ähnlich ist die Kritik auch und gerade aus linken politischen Lagern am Förderalismus in der Bundesrepublik Deutschland zu werten. Das Gute kommt von

oben – jenseits jeglicher geschichtlicher Erfahrung werden Hoffnungen geweckt, die blind machen für eine kritische Analyse der Herrschaftsförmigkeit solcher Ideen.

Die Delegation von Macht belässt immerhin den Ursprung der Handlungsautorität auf dezentraleren Ebenen, stärkt aber Kooperation der Teile einschließlich der zeitweisen Weitergabe der eigenen Befugnisse an die übergeordneten Gremien.

Gegenargument: In beiden Fällen wird institutionelle Macht zentralisiert – und das widerspricht Emanzipation. So jedenfalls bewerten viele herrschaftskritische Kreise die bestehenden Machtkonzentrationen auf übergeordneten Ebenen. Sie propagieren überwiegend basis- oder direktdemokratische Entscheidungsformen – und übersehen dabei u.a. die diskursiven Formen der Konzentration von Macht.

DirektdemokratInnen akzeptieren sogar Planungsprozesse durch Hierarchien und damit auch in abgehobenen Gremien ohne Beteiligung der Betroffenen und Interessierten. Sie wollen nur das abschließende Votum wieder durch die Gesamtheit der Menschen durchführen oder korrigieren lassen. Praktische Probleme treten beim Grundfehler der Demokratie auf, der auch hier gilt: Wer ist abstimmungsberechtigt? Die pragmatische Lösung, als Stimmrechtsgrenzen die vorhandenen Verwaltungseinheiten zu wählen (Nation, Land, Kreis, Gemeinde), ist mehr als unbefriedigend, denn diese sind selten oder nie deckungsgleich mit den Betroffenen und Interessierten. Meist schließen sie viele betroffene und beteiligungswillige Menschen aus, während gleichzeitig Desinteressierte mit abstimmen – oft bilden diese die Mehrheit und führen zu völlig zufälligen Ergebnissen. Demokratie braucht eine klare Definition des Innen und Außen in Bezug auf den Kreis der Abstimmungsberechtigten – und in dieser Grenzziehung liegt eine unaufhebbare Willkür.

Weitere Probleme treten bei der Frage auf, wer festlegt, über was zu entscheiden ist, welche Alternativen zur Debatte stehen, wer diese vorschlagen darf und welche Informationen zu welchen Varianten bereitgestellt werden. Hier liegen riesige diskursive Beeinflussungsmöglichkeiten – und so verwundert es nicht, dass direkte Demokratien vor allem die stärken, die über Mittel und Möglichkeiten verfügen, „Volksmeinung“ zu machen: Medien, populistische Volks(ver)führerInnen und die, die ihre institutionelle oder ökonomische Macht in Beeinflussung des Denken zu wandeln wissen.

Das Problem der Grenzziehung zwischen Innen und Außen ihrer Abstimmungsgemeinschaften haben auch die BasisdemokratInnen, allerdings in abgeschwächter Form, denn das Modell kann ein Kommen und Gehen verkräften. Das ändert sich erst, wenn im Konsens abgestimmt wird, denn jetzt schwillt die potentielle Kraft der Einzelnen zumindest beim Verhindern von Entscheidungen (und damit auch von Veränderungen, weshalb Konsenskultur strukturell konservativ ist) erheblich an. Da kann schnell relevant werden, wer dazu gehört und wer – zwecks Vermeidung eines Vetos – nicht.

Um ihre überregionalen Prozesse zu organisieren, verbinden BasisdemokratInnen ihre bei den Vollversammlungen belassene Macht mit einem System der Koordinierung über sogenannte Räte, die aus Delegierten der Versammlungen oder der jeweils darunterliegenden Ebene aus Räten besteht. Es gelten imperatives Mandat und jederzeitige Abberufbarkeit, dadurch soll die Macht bei der unteren Ebene verharren. Doch das blendet diskursive Macht aus. Die zentralen Gremien steuern selbst die Wahrnehmung ihrer Tätigkeit und schaffen sich selbst damit Legitimation und Durchsetzungskraft (siehe Kapitel zu Räten und anderen Koordinierungssystemen).



Mehr Kritik der Demokratie unter
www.demokratie-total.de.vu

und das Streitpapier „Anarchie
und Basisdemokratie sind unver-
einbar“: [www.projektwerkstatt.
de/ovv/download/
anarchie_basisdemokratie.pdf](http://www.projektwerkstatt.de/ovv/download/anarchie_basisdemokratie.pdf)

So ist zu sehen, dass sich zwar aus vielen Richtungen Gedanken über das Problem gesamtgesellschaftlicher oder zumindest viele Menschen einbindender oder über große Entfernungen reichender Kooperationen gemacht werden. Sie akzeptieren aber entweder die Zentralisierung von Macht oder blenden weniger offensichtliche Formen der Herrschaft aus, um ihre Modelle als scheinbare Dezentralisierung von Macht dastehen zu lassen. Überzeugen kann das nicht – und tatsächlich versagen basis- und direktdemokratische Modelle schon im Klei-

nen, also auf der zweiten oder spätestens dritten Stufe der Delegation. Die Basis, als Ursprung der Macht gefeiert, hat nur noch marginalen Einfluss auf das Geschehen und ist eher Beeinflusste statt Beeinflussende.

Grund ist die Ausblendung, dass in allen Fällen die Planungsprozesse zentralisiert bleiben und diese, diskursiv, die Entscheidungsprozesse derart stark beeinflussen, dass von einer Entscheidungsfindung von unten keine Rede mehr sein kann, auch wenn das formal so wirkt. Was gelingen muss, ist die Ersetzung zentraler Planung durch eine deutlich verbesserte Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit der Teile, die autonom bleiben. Die konkrete Planung und Ausführung auch großer Infrastrukturprojekte verbleibt im Rahmen konkreter menschlicher Einflussnahme, aber die einzelnen Teile sind in der Lage, ohne Aufgabe ihrer Autonomie und ohne Delegation von Macht ihre Tätigkeiten so zu verknüpfen, dass aus den vielen Teilen ein leistungsfähiges Ganzes entsteht. Vorbild könnte, bei kritischer Reflexion der auch dort vorhandenen, oft künstlich hinzugefügten Hierarchien, das Internet sein. Statt eines zentralen Großrechners entwickelt sich die Leistungsfähigkeit des Internets aus einer großen Menge von Knotenpunkten, die aus Einzel- oder wenigen Rechnern bestehen plus vielen Datenleitungsbahnen, die einander auch umgehen können, so dass keiner eine entscheidende Bedeutung zukommt. Der Einwand, dass es sich hierbei um eine digitale Technik handelt (wie bei freier Software, siehe im Text zu Gemeingütern), trifft hier nicht zu, denn das Internet selbst ist vor allem Hardware: Rechner und Datenleitungen, ergänzt durch passende Software, z.B. einheitlichen Übertragungsprotokollen.

Im Folgenden sollen weitere Beispiele angedeutet werden. Sie sind fiktiv in dem Sinne, dass sie – anders als das Internet – bislang nicht wirklich existieren oder nicht als Prozess von unten entstanden sind. Die Vorschläge orientieren sich aber am Leitbild von Autonomie und Kooperation, wonach Kooperation nur dann die gewünschte, freie Kooperation ist, wenn die Autonomie der Kooperierenden erhalten bleibt. Die Beschreibungen sind eher ein Brainstorming als ein umsetzbares Konzept. Es macht auch keinen Sinn, aus der Denkbegrenztheit des Hier & Jetzt funktionsfähige, ins Detail gehende Konzepte für eine Welt zu entwerfen, in der Kreativität und technische Weiterentwicklung ebenso ganz anders ausgeprägt sind wie Kommunikation und Kooperationsanbahnung.

Beispiel Wasserversorgung

Wasser reicht es nn den meisten Großregionen für das menschliche Überleben einschließlich dem Anbau lebenswichtiger Nahrungsmittel. Das Sammeln möglicher Lösungsansätze an dieser Stelle soll für solche Gebiete gelten. Für Regionen, in denen Wasser ganz oder überwiegend fehlt, müssen abweichende Überlegungen folgen, ebenso für dicht bebaute Großstädte, deren Wasservorräte nicht für derartige Menschenmengen reichen und

die daher auf Wasser „importe“ aus der Peripherie angewiesen sind. Klar ist, dass heutige Wasserarmut oftmals eine Folge brutal, d.h. staatlich durchgesetzter Umverteilungen zugunsten der Großverbraucher in Industrie und Metropolen sind. Auch hier wird sichtbar, welche Folgen eine zentral gesteuerte Gesellschaft hat – gleichgültig ob demokratischen oder monarchischen Regierens.

Gehen wir also davon aus, dass Wasser in allen Orten und mancherorts zwischen diesen gebraucht wird. Die naheliegendste Lösung ist, das Wasser dort zu gewinnen, wo es gebraucht wird. Nicht an jedem Ort ist (immer) Wasser vorhanden. Bäche können schnell zu klein werden für vielfache Wasserentnahme – sie sind auf jeden Fall unsicher, denn ihr Wasserstand schwankt oft und damit auch die Wasserqualität. Schon zur eigenen Versorgungssicherheit wären dann Wasserspeicher praktisch, die zu Regenzeiten gefüllt werden und einen Vorrat darstellen – auch zum Vorteil der weiter unten an einem Gewässer liegenden Orte, denen dann nicht in Trockenzeiten das Wasser ganz ausbleibt.

Die Vorzüge von Brunnen sind überwältigend: Sauberer und stetiger Wasserfluss können so eher garantiert sein. Also bohren alle vor sich hin. Oder überlegen sich, dass der Aufwand ziemlich hoch ist und kleine Gemeinschaftsbrunnen viel Zeit sparen können. Niemand wäre gezwungen, daran teilzuhaben – aber der einleuchtende Vorteil der Kooperation wird ausreichend viele zu einer Beteiligung bringen, so dass die Kooperation meistens gelingt.

Der Wunsch nach einem besseren, d.h. auch bequemeren Leben wird dazu führen, dass statt ständigem Kurbeln und Schöpfen die Wassergewinnung automatisch, vielleicht mit Wind- oder Sonnenkraft erfolgt. Das Wasser fließt durch Leitungen in die Häuser oder zumindest deren Nähe. Vielleicht stehen diese als soziale Neuerung auch in Runden zusammen, um gemeinsame Nasszellen wie Küche, Bad und Toilette nutzen zu können. Das würde wieder sehr viel Zeit und Ressourcen sparen, die heute gedankenlos eingesetzt werden, weil sie einfach zu kaufen sind – selbstverständlich auf Kosten anderer irgendwo in der Peripherie, deren Wasser, Rohstoffe und Energievorräte verhökert werden und deren Lebensqualität dank Umweltzerstörung immer weiter sinkt.

Ab und zu fällt ein Brunnen aus. Das Rohr ist verstopft oder kaputt, die Pumpe funktioniert nicht, der Lieblingstuddy von Mirko ist hineingefallen. Dann ist Ebbe in der Nasszelle. Oder es wurde ein Rohr zur Nachbarwohngruppe mit Brunnen gebaut – dann wäre es möglich, sich bei Ausfall eines Fördersystems schnell mal gegenseitig zu helfen. Die Versorgungssicherheit steigt. So finden die meisten: Das eine Rohr ist es wert. Verbindungsstränge sichern die Versorgung auch bei Ausfall der eigenen Gewinnungsstelle – sie sind aber kein Zwang, sondern die Verbindungen zwischen den Brunnen und sonstigen Gewinnungsstellen werden zwischen denen geschaffen, die das auch wollen. Wer mehr Autarkie will, kann das, ist aber auch anfälliger bei Ausfall der eigenen Anlage oder muss selbst Mehrere davon bauen. Das zwingt niemand zur Kooperation, legt es aber schon ziemlich nahe.

Wasserleitungsbau und erst recht Abwassertransport sind anstrengend. Daher wird mehr überlegt als bezahlt. Dezentral entstehen gut überlegte Wege der Wassergewinnung und Abwasserentsorgung. Schon beim Bau von Gebäuden spielt das eine Rolle – aber auch bei der eingesetzten Technik. Da ein großes überregionales Abwassernetz teuer ist, wird das Abwasser von Giften freigehalten und kann vor Ort geklärt und versickert werden. Fäkalien und Küchenabfälle sind eh zu schade fürs Vermengen mit Wasser, da sich dann ihre

Verwendbarkeit als Rohstoff zur Biogasgewinnung verringert. Regenwasser wird aufgefangen und verwendet, denn ein Abwassersystem, welches auch Regenwasser aufnehmen kann, muss groß dimensioniert sein und ist entsprechend aufwändig. Dazu hat keine Lust.

Es wird Orte geben, an denen viel Wasser gebraucht wird – große Städte und industrielle Fertigungsprozesse mit hohem Wasseraufkommen. Sie müssen Wasser von anderen Orten bekommen, können das aber nicht erzwingen. Das ist gut so. Denn nun müssen sie die Kooperation suchen. Sie werden nicht überall UnterstützerInnen finden, aber immer dann genügend, wenn es auch Interesse an ihrem Weiterbestehen gibt – also an der Produktion oder an der Metropole mit ihren Angeboten z.B. kultureller Art, die Vielen in der Peripherie gefallen werden. Die Kooperation gelingt, wenn sie denen, wo das Wasser herkommt, keine Nachteile, sondern am besten noch Vorteile bringt. Das wird einen gewaltigen technischen Innovationsschub auslösen. Denn plötzlich ist Wassergewinnung nicht mehr Gegenstand von Herrschaftsausübung (wie heute), sondern der freien Vereinbarung. Gefragt ist eine Art der Wasserförderung, die die Gebiete der Gewinnung nicht schädigt. Einige Wassergewinnungsanlagen werden gemeinsam errichtet – etwas größer dimensioniert als nur für den Verbrauch vor Ort, damit an die Metropole in der Nachbarschaft Wasser abgegeben werden kann. Dem Ort hilft es auch, wenn die eigene Wassergewinnung mit fremder Hilfe besser gelingt und die Versorgungssicherheit steigt, weil die Menschen aus den Metropolen von sich aus dafür sorgen, dass Wassersysteme miteinander verbunden wurden, damit beim Ausfall einer Anlage Wasser von woanders kommen kann. Das wäre freie Kooperation – die Basis von Weiterentwicklung aus gemeinsamen Interessen und dem Willen, das Leben besser zu machen.

Energieversorgung

Was für das Wasser gilt, trifft sehr ähnlich auf die Energieversorgung zu. Sonne und Wind gibt es überall, Biomasse ebenfalls – wenn auch in sehr unterschiedlichen Mengen. Andere nutzbare Energieformen sind sehr unterschiedlich verteilt, z.B. Wasserkraft. Je nach Ausprägung der Jahreszeiten kann es zu erheblichen Schwankungen der Energieangebote kommen. So ist für jeden Ort eine passende Lösung zu finden. Technisch sind viele Energiegewinnungsarten erst wenig ausgereift. Das hat auch mit einer Forschungspolitik, die große und damit global verkaufbare Techniken gefördert hat. Das gilt nicht nur hinsichtlich der jahrzehntelangen Bevorzugung von Großkraftwerken gegenüber dezentraler Energiegewinnung, sondern auch innerhalb der regenerativen Energien, wo ständig der Trend zum Größer-höher-weiter(-profitabler) prägend war. Kapitalistische und standortpolitische Ziele sind von FDP bis Grünen, von CDU bis Linke überall wichtiger als ein emanzipatorischer Umbau der Gesellschaft. Dieser hätte im Rahmen der durch lautstarke und druckvolle Proteste gegen die Atomkraft ausgelösten Energiewende durchaus gelingen können – aber Umweltverbände und grüne Parteien wollten das, wie üblich, gar nicht. Sie waren und sind zufrieden, wenn in einem hochkapitalisierten Markt aus großen, verbrauchsfernen Anlagen Strom produziert werden kann und die entwickelte Technik dann noch in den internationalen Handel geht. Deutschlands Wohl, wem auch immer das nützt, ist da immer wichtiger als das Wohl oder die Mitbestimmung der konkreten Menschen dort, wo die Energie gewonnen oder verbraucht wird.

Die Energiewende hätte ganz anders aussehen, der Wechsel in der Energiegewinnung mit einem Wandel der Eigentumsverhältnisse einhergehen können. Die politische Gestaltungskraft in Form einer gesellschaftlich durchsetzungsfähigen, breiten Bewegung für den Atomausstieg und die Energiewende war vorhanden. Aber zu Wenige wollten mehr als das Auswechseln der Energiegewinnungsform. Sonst wären die Elektrizitätswerke Schönau mit ihrer Idee, das Strom- und inzwischen auch Gasnetz in BürgerInnenhand zurückzuholen, nicht so allein geblieben in den Blütezeiten der politischen Kämpfe für die Energiewende. Nur in der Anfangszeit waren VerbraucherInnen die BesitzerInnen der ortsnah errichteten Windenergieanlagen. Inzwischen sind fast alle Anlagen in der Hand von Firmen, die in anderen Sektoren Spekulanten genannt würden, oder gleich bei den großen Stromversorgern, die andernorts Atom- und Kohlekraftwerke betreiben und dabei nicht nur große Umweltschäden verursachen, sondern auch riesige Energiemengen als Abwärme in die Flüsse pumpen.

Wenn heute neue Hochspannungsleitungen nötig werden und Umweltverbände bzw. grüne Partei dafür am lautesten schreien, dann ist das wenigstens konsequent. Regenerative Energien werden von der Struktur her den Fehler bisheriger, großer Kraftwerke einfach nur wiederholen: Riesige Energiegewinnungsanlagen irgendwo weit weg, umfangreiche Hochspannungstrassen in die Metropolen und Verkauf der Energie dort zu profitablen Preisen! Wo sind Selbstorganisation, Selbstversorgung? Wo bleibt die Weiterentwicklung der Techniken, die zur Energiegewinnung überall und organisiert von den Menschen selbst tauglich sind?

Großkraftwerke ließen sich durchsetzen, weil die institutionelle Macht ausreichend stark ist, um Bauplätze, Transporte und Leitungstrassen durchzusetzen, im Zweifel durchzuprügeln. Flankiert von Diskursen ausgehender Lichter und der Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland entstand eine stark zentralisierte Energieversorgung. In der Frühphase der Umweltbewegung, als sich diese ständig mit der blanken Macht konfrontiert sah, gab es noch ein Verständnis für mehr BürgerInnenbeteiligung als notwendige Verknüpfung zu ökologischen Ideen. Die meisten BürgerInneninitiativen, bis in die 80er Jahre die prägende Basis, mussten auf mehr Mitbestimmung setzen – sie waren in den etablierten Strukturen der Politik nicht anders wirkmächtig. Doch ihre ProtagonistInnen stiegen mit zunehmendem privaten Reichtum in wohlhabende, bürgerliche Schichten auf, während die klassischen Umweltverbände mit ihrer konservativen Staatsnähe die politische Führungsrolle übernahmen. Die ohnehin nicht besonders stark ausgeprägten emanzipatorischen Ansätze verschwanden, bis schließlich sogar Umweltverbände und grüne Parteien selbst auf den Abbau der BürgerInnenbeteiligung (z.B. bei Windenergieanlagen), ökokapitalistische Spekulationsgeschäfte und Vermarktung setzten. Erst in jüngster Zeit könnten Versuche aus globalisierungskritischen Gruppen das Thema wieder neu beleben, wenn aus der Rekommunalisierungsforderung etwa von Stadtwerken der Ruf nach mehr entsteht, nämlich der Machtverlagerung direkt zu den Menschen und eines Wirtschaftens ohne Markt und Profitabsicht.

Auch die Elektrizitätswerke Schönau, die heute das einzige Gegenbeispiel darstellen, entstanden nicht aus emanzipatorischer Überzeugung, sondern aus der Not. Weil alle Teile der Mächtigen „Nein“ sagten zu einem Umbau der Energieversorgung, blieben nur die BürgerInnen als Bündnispartner. Was hier – aus der Not – die Ausnahme darstellte, hätte eigentlich der Normalfall sein oder werden müssen. Die Energiewende wäre, bei erfolgrei-

chem Verlauf, zu einem großen Projekt der Verwirklichung emanzipatorischer Umweltschutzideen geworden. Dann gäbe es jetzt viele dezentrale Energiegewinnungsanlagen und Leitungsnetze in BürgerInnenhand.

Dem kommt entgegen, dass es gerade vor Ort gut möglich ist, die anfallenden Energiepotentiale gezielt zu erfassen und zu nutzen. Ein Beispiel sei die Nutzung von Biomasse: Fäkalien, Küchenabfälle, Grünschnitt – alles fällt dort an, wo die Menschen wohnen. In den Zentren der Metropolen leben viele Menschen auf sehr engem Raum zusammen. Welch eine Verschwendung, die Fäkalien mit großen Mengen von Trinkwasser wegzuspülen, was nicht nur große Leitungsnetze und aufwändige Aufbereitung in Kläranlagen nach sich zieht, sondern auch die energetische Nutzung erschwert. Trocken- oder Vakuumtoiletten, Transportnetze und dezentrale Biogasgewinnung mit Blockheizkraftwerken wären stattdessen möglich. Solche Anlagen erzeugen Strom und Wärme, Biogas kann zudem gespeichert werden, so dass eine Grundversorgung möglich wird. Wieweit die ausreicht für den Strom- und Wärmebedarf, hängt auch von den Verbrauchswerten ab. Genau das aber ist ein Sinn der dezentralen und selbstbestimmten Energieversorgung: Weil Energie nicht einfach über Geld und Macht aus der Peripherie importiert werden kann (vor allem ja Öl- und Gas aus fernen, durch die Förderung regelmäßig stark ruinierten Teilen der Erde), entsteht die Notwendigkeit zu schlaun Lösungen, die wenig Energie brauchen.

Draußen, vor den Toren der Metropolen oder auch schon in ihren Randbezirken, finden sich landwirtschaftliche Höfe, auf denen größere Mengen an Biomasse anfallen. Hier könnten die Kleinkraftwerke entstehen, die zudem noch aus den umliegenden Häusern und Gärten gespeist werden. Technische Innovationen, die in solche Anwendungen fließen statt in Großprojekte und zentrale Produktionsweisen, würden zu einer erst energetischen Nutzung und dann Weiterverwendung als Dünger möglichst aller organischen Abfälle führen – die Abfallentsorgung wäre entlastet. Abwässer reduzierten sich auf geringe und leicht verschmutzte Mengen, die ortsnahe über kleine Kläranlagen und wurzelraumaktive Klärteiche leicht zu entsorgen sind.

Es liegt nahe, die Energiegewinnungsanlagen miteinander zu vernetzen, damit der Ausfall einer Anlage nicht die daran angeschlossenen Häuser, Betriebe usw. lahmlegt. Sonst müsste überall eine Ersatzanlage bereitgehalten werden. In einer Gesellschaft, die sich selbst und von unten organisiert, kann das nicht verboten werden. Aber Kooperation zeigt sich – wie fast überall – als die schlauere, zeit- und ressourcensparende Variante. Sie wird deshalb der Normalfall sein, so dass am Ende viele und unterschiedliche Energiegewinnungsanlagen den Verbrauch vor Ort bedienen, aber zusätzlich alle oder fast alle miteinander verbunden sind.

Die Metropolen, denen Platz und Möglichkeiten fehlen, die Energieversorgung selbst zu sichern, werden – wie schon beim Wasser – Kooperationen mit den Menschen und Betrieben der Peripherie suchen. Der Mechanismus zum Erfolg lautet nicht mehr Macht, sondern die freie Vereinbarung. Die wird nur dann gelingen, wenn die Energiegewinnung für die Metropolen das Leben und die Umwelt in der Peripherie nicht schädigt. Da werden sich die energiehungrigen Metropolen also Gedanken machen müssen, sprich: Ihr Potential an Innovationsfähigkeit endlich in die Richtung eines besser organisierten Lebens und Zusammenlebens statt in neue Waffen, Überwachungstechniken oder großtechnische Lösungen stecken. Das wäre ohnehin mal an der Zeit.

Beispiel Mobilität

Es dürfte das Bedürfnis vieler, vielleicht sogar (fast) aller Menschen sein, auch einmal den eigenen Ort zu verlassen und zu sehen, was draußen in der Welt passiert. FreundInnen besuchen – oder überhaupt erstmal welche finden. Gemeinsame Interessen und Projekte entwickeln. Nach Ressourcen suchen, die für eigene Ideen nötig sind ... es gibt viele Gründe, herzukommen. Mobilität unmöglich zu machen, hieße für viele Menschen den erzwungenen Verbleib in einem sozialen Umfeld, in dem sie nicht bleiben wollen. Und eine Begrenzung ihrer Handlungsmöglichkeiten, die sich erst entfalten können, wenn sie auf andere Menschen, neue Ideen, KooperationspartnerInnen und nutzbare Ressourcen stoßen.

★★★★★
Zitate zur Kritik an
machtförmiger Ener-
giepolitik unter [www.
projektwerkstatt.de/
ees/energie.html](http://www.projektwerkstatt.de/ees/energie.html)

Energie von unten:
[www.projektwerkstatt.
de/uvu/energie.html](http://www.projektwerkstatt.de/uvu/energie.html)

Verkehrspolitik:
[www.projektwerkstatt.
de/uvu/verkehr.html](http://www.projektwerkstatt.de/uvu/verkehr.html)

Daher dürfte einerseits die Meinung recht einhellig dafür sein, Reisen von A nach B und C zu ermöglichen. Andererseits – und das deutet bereits die Lösung an – ist auch das Interesse, der Willen zur Ermöglichung von Mobilität hoch. Diese Kraft erzeugt den Tatdrang. Menschen werden nach Lösungen suchen, wie Verbindungen zu NachbarInnen, aber auch zu entfernteren Teilen der Welt herstellbar sind. Sie treffen bei ihren Bemühungen auf andere AkteurInnen, z.B. auf die aus benachbarten Gebieten, die ähnliche Ziele, aber vielleicht bisher keine konkreten oder andere Pläne hegen. Wenn aber zwischen zwei oder mehr Orten eine Möglichkeit des Hin- und Herkommens geschaffen werden soll, ist unmittelbar einsichtig, dass eine Kooperation zwischen beiden sehr hilfreich ist. Die Chance ist also groß, dass eine Einigung erzielt und Kräfte gebündelt werden. Einer übergeordneten Instanz bedarf es nicht. Diese wäre sogar gefährlich, denn Meinungsunterschiede zwischen den Beteiligten (innerhalb und zwischen den Orten) sind im Sinne einer kreativen Streitkultur wichtige Impulse für die Suche nach der besten Lösung. Die unterschiedlichen Vorschläge werden nämlich automatisch auf den Prüfstand gestellt – und sei es nur, weil sich die Hitzköpfe jeweils an den Ideen der Anderen abarbeiten. Der hohe Drang zur Einigung und das Fehlen einer übergeordneten Ebene, die mit Zwang eine Lösung durchsetzen kann, schaffen das Klima, die besten Teile aller Vorschläge zu verknüpfen.

Damit aber nicht genug: Die BefürworterInnen einer Mobilität zwischen den Orten stoßen auf zunächst gegenläufige Interessen, z.B. an unberührter Natur, an Nutzung von Flächen oder daran, die mit kleinen Kindern zusammenleben, ohne Angst zu haben, das diese in Unfälle verwickelt werden. Wieder fehlt eine übergeordnete Ebene. Das aber heißt nichts Anderes, als dass sich die eine Seite nicht formal über andere erheben kann. Der Druck, sich zu einigen, ist hoch – und damit die Wahrscheinlichkeit der Kooperation und Verständigung. Eine kreative Streitkultur würde das gewünschte Mobilitätsprojekt in seine optimale Form treiben: Eine Verkehrsverbindung, die wenig Fläche braucht und keine oder kaum Unfallgefahren heraufbeschwört. Ob das ein Tunnel, eine Schweben-Hängebahn wie die in Wuppertal, Wurfkapseln mit Katapult oder ein umfangreiches Forschungsprojekt zur Erfindung des Beamens sein wird, ist nicht vorhersehbar. Kreative Menschen sind schließlich nie berechenbar, sondern in der Lage, völlig neue Perspektiven und Varianten zu entwickeln. Genau die Situation zu erzeugen, in der das am intensivsten möglich ist, muss ein Ziel aller Kommunikationsprozesse sein.

Schauen wir eine Ebene höher. Zwischen zwei großen Orten Astadt und Ceburg liegt der kleine Ort Bedorf. Engagierte Menschen aus Astadt und Ceburg haben mit Bedarf nach in-

tensiven Debatten interessante Lösungen gefunden, die Fortbewegung von Menschen und Gütern zwischen den Orten zu gewährleisten. Nun hat sich eine neue Kooperation zwischen Menschen in den beiden großen Orten entwickelt oder in einer dieser Städte ist – mit Unterstützung der Menschen umgebender Orte – ein wichtiges Infrastrukturprojekt (Krankenhaus, Lernort ...) entstanden. Jedenfalls kommt es vermehrt zu Güter- und Menschenbewegungen zwischen Astadt und Ceburg – mitten durch Bedorf. Viele im betroffenen Ort sind genervt und fordern eine Änderung. In einer Demokratie hätten sie schlechte Karten: Die beiden Städte sind jede für sich größer als das Dorf. Die paar WählerInnen haben wenig Einfluss – und wenn nicht gerade wichtige Eliten hier ein schmuckes Bauernhäuschen für sich ausgebaut haben, können sich die BedürftlerInnen freuen, wenn sie nicht zu der Verkehrsbelastung auch noch die Mülldeponie der beiden Städte an den Dorfrand gesetzt bekommen.

Fehlen überregional durchsetzungsfähige Gremien, so sieht die Lage anders aus. Die an mehr Mobilität zwischen Astadt und Ceburg Interessierten müssen eine Variante entwickeln, die den Menschen in Bedorf ausreichend gefällt, dass sie sie mitentwickeln oder zumindest zulassen. Das wird u.a. die technische Innovation für umwelt- und menschenfreundliche Verkehrsstrassen vorantreiben. Der stinkende, laute, zubetonierende, rohstoffverbrauchende und Menschen plattfahrende Individualverkehr heutiger Zeit hätte unter solchen Bedingungen keine Chance. Er ist ein Kind herrschafts- und damit gewaltförmiger Gesellschaftsverhältnisse und zeigt recht gut an, wie stark Demokratie und Rechtsstaat hierarchische Regime sind.

Was in einer herrschaftsfreien Gesellschaft als freie Vereinbarung zwischen den Beteiligten entsteht, in aus dem heutigen Blickwinkel nicht vorhersehbar. Der Sprung an technischen und sozialen Innovationen wird gewaltig sein. Doch schon das Bild freundlicher Hängebahnen a la Wuppertal mit einem flexiblen Wechsel an Güter- und Personenwaggons kann – wenn es nicht schon selbst überzeugt – die Phantasie anregen. Die würde in einer solchen Zukunft viel dringender gebraucht als Beharrlichkeit und Stehvermögen.

Konversion: Das Neue aus dem Alten formen

Die Welt muss nicht neu entstehen. Ressourcen, Infrastruktur und Produktionsmittel sind in Hülle und Fülle vorhanden. Das von unten organisierte Neue kann darauf zurückgreifen – und sollte es, denn jede Neuproduktion wäre weiterer Ressourcenverbrauch mit all seinen Folgen. Schon von daher sind Utopie und Widerstand miteinander verbunden. Wer glaubt, die neue Gesellschaft auf Inseln innerhalb des Bisherigen errichten zu können, verzichtet auf Vieles, was da ist – und unter kapitalistischer Verwertungspraxis weiterhin die Umwelt Aller gefährdet.

Es geht also auch um Aneignung der vorhandenen Infrastruktur und deren Wandel. Dabei bedarf es in jedem Einzelfall der Überlegung, ob sich Vorhandenes integrieren, umbauen, wiederverwenden, entsorgen oder einfach unbeachtet liegenlassen lässt. Es wird Fälle geben, wo ein Rückbau notwendig erscheint, weil das Bestehende Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft verbaut. Wahrscheinlich aber überwiegen die Chancen, vorhandene Gebäude, Leitungen, Trassen, Produktionsmittel, Werkzeuge und vieles mehr für neue Zwecke zu nutzen. Entscheidend ist die konsequente Umkehrung der Bestimmungsverhältnis-

se. Übernommen in eine herrschaftsfreie Welt werden, soweit nutzbar, die geschaffenen Mittel als Möglichkeiten – aber nicht die mit ihnen verbundenen Herrschaftsverhältnisse. Sind diese nicht zu entkoppeln, würde eine Übernahme als trojanisches Pferd wirken. Ein Kraftwerk, eine Großmaschine oder irgendetwas Anderes, was nicht ohne formalisierte Macht funktioniert, hat in der Welt der freien Menschen in freien Vereinbarungen nichts zu suchen. Es gehört außer Funktion genommen oder – besser, weil ressourcenschonend – umgebaut und neu eingepasst in die Abläufe einer von unten bestimmten Welt.

Stellen Sie sich vor: Sie spenden einmal, aber das Geld unterstützt noch in 30 Jahren spannende Projekte:

Ihr Geld und ...

Sie geben Ihr Geld nicht irgendeiner Organisation, sondern für eine ganz konkrete Solarstromanlage. Nicht irgendwo, sondern auf einem ausgewählten kreativen Haus.

unsere Aktion schaffen ...

solare Dächer!

Dort erzeugt die Sonne nicht nur Strom, sondern auch sichere Einnahmen – über eine sehr lange Zeit.

Und dann sichert die Sonne:

Mit dieser ständigen Einnahme werden dann unabhängige, kreative Räume wie Theaterwerkstätten, politische Bibliotheken, Medien- und Aktionsübungsräume von ihren laufenden Kosten befreit. Damit dieses Land bunter wird.

FreiRäume!

Garantiert durch die Stiftung FreiRäume

www.stiftung-freiraume.de



Foto: Bau der Anlage
in Wamsdorf



Foto: Solarstromdach
in Spaarn



Foto: Kubitz
in Berlin

Kontakt

- ▲ Info-Telefon: 030-69206557
- ▲ Kontakt-E-Mail: solardach@stiftung-freiraume.de
- ▲ Infoseite und -flyer auf www.stiftung-freiraume.de